Rede HH 2026 – Alexandra Thiele, Stadträtin Die Guten

Lieber Oberbürgermeister Marcus König, sehr geehrte Referent*innen und sehr geehrte Kolleg*innen der demokratischen Parteien und Gruppen, liebe anwesende Zuhörer*innen und Presse,

vor zwei Jahren hieß es noch vom Fraktionsvorsitzenden der CSU,
der Kämmerer schwimme im Geld, dieses Jahr sagt der Kämmerer,
Nürnberg stehe finanziell das Wasser bis zum Hals.
Jetzt fehlt nur noch die Metapher vom sinkenden Boot und Frauen und Kinder zuerst.
Die Frage, ob zuerst gekürzt oder ob zuerst gerettet, bleibt offen?

Eigentlich sitzen wir alle in einem Boot und vor allem die Stadt Nürnberg mit den meisten Kommunen. In fast allen Bundesländern stehen Kommunen vor der Herausforderung, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen und harte Sparmaßnahmen und Kürzungen vorzunehmen.

Die Kommunen sind am Limit und gegen die strukturellen Finanzkrisen helfen jetzt nur weitreichende Reformen und tragfähige Lösungen.
Solidarität unter den Kommunen ist nun klug, um gemeinsam in solidarischer Stärke bei den Ländern und beim Bund, die Gelder für die fortlaufend neuen Aufgaben einzufordern, die ohne Frage weiterzureichen sind. (Verursacherprinzip)

Unser Kämmerer hat sich mit anderen Kämmerern solidarisiert und Forderungen gesetzt. Davon bitte mehr und lauter. Bitte mischt euch ein, lieber Oberbürgermeister und lieber Kämmerer, damit die Kommunen aus dieser Krise gestärkt wieder rauskommen und, dass sie für ein gutes Leben für alle sorgen können.

Um Solidarität geht es uns Die Guten auch, wenn wir auf unseren Sparkurs blicken, den wir eingeschlagen haben.
Bestimmt sind wir uns einig, der Sparkurs ist schmerzhaft.
Und wie sagte der Kämmerer letztes Jahr schon, „ja, es wird weh tun“.

Doch eine Frage ist immer zu stellen, wem tut der Sparkurs wie stark weh?
Wen trifft es am härtesten?
Was für Folgen sind für die jeweils Betroffenen und die Stadtgesellschaft zu erwarten?
Was macht den Unterschied? Das macht den Unterschied.

Zu Bedenken ist weiter, dass **Einsparungen** im sozialen Bereich **heute**,
zu **höheren Kosten in der Zukunft** führen.
Ähnliches ist bei der Reduzierung der Maßnahmen gegen den Klimawandel zu befürchten.

Wo jetzt gespart wird, entscheidet, wie lebendig, solidarisch, demokratisch und zukunftsfähig unsere Stadt Nürnberg bleibt und wird.

Insgesamt haben wir Guten uns mit Änderungs-Anträgen zurückgehalten.

Schweren Herzens, da uns bewusst ist, dass jeder Status Quo in der heutigen Lage eine Kürzung darstellt, siehe Inflation, Tariferhöhungen, gestiegene Kosten ...

Ich werde heute nicht von den Themen sprechen, die vielfach an uns herangetragen wurden: Leute, investiert in die Bildung und in die Jugend, in den Umwelt- und Klimaschutz … Auch, wenn Klima und Mobilität Prioritäten von uns Die Guten sind, wie auch Bildung. Im besonderen auch die Sicherung der Kultur von und für alle, die zu Nürnberg einfach gehört. Und hier ist nun doch besonders zu sagen, dass die Soziokultur, die Kulturläden Nürnbergs anders ausgestattet gehören, da hier Demokratie gelebt wird und erlebbar ist. Auch die Desi und Radio Z als mitzugestaltende Demokratieorte haben wir wieder berücksichtigt.

Mit unseren wenigen Anträgen wollten wir zum einem den Blick auf die Nürnberger Angebotslandschaft, die sich präventiv und ambulant für gewaltbetroffene Frauen, Mädchen und Jungen engagieren. Und dann kam kurzfristig eine Kürzung im Jugendbereich rein, die für uns, so nicht zu erwarten war. Es sollen zwei Vollzeitstellen bei der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) gestrichen werden. Eines der niedrigschwelligsten Angebote, das alle schulpflichtigen Kinder erreichen kann und oft deren einzige Chance ist, an eine Beratung zu kommen. Ein Angebot, bei dem sich der gesamte JugendHilfeAusschuss, der Schulausschuss und die Sozial- und Schulreferentin einig sind, dass es perspektivisch unbedingt gestärkt und weiter ausgebaut wird/werden muss.
Ein erfolgreiches Angebot, dass im großen Umfang nachgefragt wird und der Bedarf um ein Vielfaches größer ist. Es ist widersinnig, mit dem Wissen, dass es ausgebaut werden soll, nun zwei Vollzeit-Stellen zu kürzen.

Wir wollten sichtbar machen, wer betroffen ist von den indirekten und direkten Kürzungen. Natürlich besonders Kinder und Frauen.

Diese beiden heterogenen Gruppen, die sich aus allen Lebenswelten und ökonomischen Lebenslagen jeweils zusammensetzen, halten wir für besonders betroffen, wenn wir Einsparungen bei der Unterstützung zur Behebung ihrer Nöte vornehmen.

Erstens hat sich die Situation und Problemlagen von vielen Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert. Und das ist auch in Nürnberg spürbar. Hier ist Hilfe und Unterstützung in breiter Fläche und gerade auch niedrigschwellige Angebote nötig.

Hier wünschen wir uns von allen Stadträtinnen und Stadträten (ich nehme explizit die Stadträtinnen und -räte im Jugendhilfeausschuss vom Folgenden aus, denn Empathie, Fürsorge und Schutz sind im JHA ein gemeinsamer Konsens) mehr Solidarität, Fürsorge, Empathie, Schutz und Einsatz. Denn es braucht ein Dorf, um ein Kind großzuziehen, und es braucht den gesamten Stadtrat, um Kinder und Jugendliche gut aufwachsen und leben zu lassen.

Wir kritisieren hier eine strukturelle Vorgabe.
Die Vorgabe, in allen Bereichen gleich zu kürzen, gleich einzusparen.
In der Pflicht sehe ich hier uns alle, wir dürfen grundsätzlich nicht zulassen, dass bei Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe Einsparungen zum Tragen kommen.
Das muss eine gemeinsame politische Entscheidung sein und werden.

Am 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Wir befinden uns in den Aktionswochen gegen Gewalt an Frauen in Nürnberg.
Es eine Tatsache, dass sexualisierte und häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Deutschland jedes Jahr dramatisch zunehmen. Auch das bald jeden Tag ein Femizid verübt wird. Und es ist eine Tatsache, dass Prävention ein wichtiger und effektiver Hebel in der Bekämpfung sexualisierter Gewalt ist.
Und diese engagierten Vereine, schon immer knapp ausgestattet, müssen immer wieder um um die Finanzen ringen. Und das obwohl wir im Stadtrat gemeinsam die Umsetzung der Istanbulkonvention beschlossen haben. Das verpflichtet doch auch, Geld zur Verfügung zu stellen, das ganze zu finanzieren.

Die Umsetzung der Istanbulkonvention in der Stadt Nürnberg, war mein formuliertes Ziel in meiner Grundsatzrede zu Beginn der Legislatur. Gemeinsam haben wir es geschafft.
Danke sehr Gaby Penzkofer-Röhrl und danke Natalie Keller.
Der Stadtrat beschloss zunächst einen Aktionsplan zur Umsetzung und dann für 2024 bis 2027 den Gleichstellungsaktionsplan zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt.

Ich stelle mir immer wieder vor, was wäre,
wenn nur ein Bruchteil der Energie und des Engagements,
des Einsatzes von Zeit, Geld, Personal, der vielen Diskussionen,
die ich hier im Rat erlebt habe,
wenn es um eine Magnetschwebebahn ging,
die übrigens völlig ohne Not zum Thema wurde,
oder die Kosten einer Machbarkeitsstudie für das Stadion,
und die vielen Gedanken, die sich darum gemacht wurden,
wenn nur ein kleiner Teil dieser Schwergewichtigkeit und der Finanzen in den Gleichstellungsaktionsplan, der die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt thematisiert, geflossen wären. Wo stünden wir dann?

Und auch wenn die Presse mehr Interesse gezeigt hätte. Selbst, wenn der Gleichstellungsaktionsplan Top 1 war, Artikel/Berichte darüber waren nicht zu finden.

Warum wurde bisher nicht richtig Geld in die Hand genommen für eine kommunale Umsetzung der sogenannten Istanbulkonvention in Nürnberg?
Das geht uns auch doch alle an.

Wir müssen die Vereine, die präventive Angebote gegen häusliche Gewalt sowie gegen sexualisierte Gewalt gegen Mädchen, Jungen, Frauen, queere Menschen und Männer für die Stadtgesellschaft anbieten, planungssicher und adäquat finanzieren.

Damit wir eine machbare Zukunft erleben, frei von Gewalt, und dass es nicht mehr nötig ist, jedes Jahr Ausstellungen zu „was ich an hatte“ oder orangene Bänke und rote Schuhe. Damit endlich Schluss ist mit der geschlechtsspezifischen Gewalt. Auch hier in Nürnberg. Und das Gleichberechtigung gelebt wird, das ist eine gute Zukunft.

Nochmal zu den Kindern und Jugendlichen.
Die Kritik geht nicht an die Sozialreferentin oder die Dienststelle Jugendamt. Alle Entscheidungen wurden hart erarbeitet und sind Ihnen schwergefallen. Sie haben es sich nicht leicht gemacht, da es oft gegen das bessere Wissen ging. Sie haben sich jedoch der Haushaltslage verpflichtet, für einen genehmigungsfähigen Haushalt.

Ein Danke jedoch dafür, dass doch ein neues Projekt in den Haushalt aufgenommen wurde, dass uns sehr am Herzen liegt, die präventive Mädchenberatung von Lilith. Wer mehr wissen will, schaue nach bei ARD „MOMA am 17.11.2025“ in der Mediathek, hier wurde über Lilith und über das Projekt berichtet. Ein Projekt mit bundesweitem Vorbildcharakter, das also weit über Bayern hinaus strahlt.
Dessen Fortführung jedoch von der Entscheidung der Stadt Nürnberg abhängt.

Grundsätzlich also die Frage an den Kämmerer und die Stadtspitze, sind derartige Einsparvorgaben bei der Kinder- und Jugendhilfe eine vertretbare Vorgabe und zukunftsweisende Investition?
Bewirkt unterlassene Investitionen in Prävention nicht später enorm höhere Kosten?

Wir fordern, dass die Kinder- und Jugendhilfe zwar weiter kritisch reflektiert wird, aber nur mit sehr zwingenden Gründen gekürzt werden darf, die „Kür“ ebenso wie die Pflicht. Hier müssen wir für die folgenden Sparrunden nachsteuern.

In Kinder und Jugendliche zu investieren, in deren Unterstützung und Begleitung, in deren Bildung und stärkende Entwicklung, in deren Selbstwirksamkeit ist eine Investition in eine lebenswerte Zukunft, in Demokratie und Wohlstand.

Dann sitzen wir wirklich in einem Boot.